

Außenansicht; Die Sanktionen gegen Iran wirken; Das Interesse Teherans an den Atomgesprächen ist gewachsen, der Westen muss nun auch überzeugende Angebote machen.

14 April 2012

S. 2

Von **Volker Perthes**

Es ist nicht ausgemacht, dass die neuen Gespräche, die am Samstag im türkischen Istanbul zwischen der „5 plus 1“-Gruppe (den fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern plus Deutschland) und Iran stattfinden werden, wirklich die letzte Chance darstellen, einen Krieg um das iranische Atomprogramm zu vermeiden. Aber zweifellos wächst die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung, wenn auch diese Gesprächsrunde so ergebnislos verlaufen sollte wie das letzte Treffen im selben Format, das Anfang 2011 stattfand.

Die Voraussetzungen sind dieses Mal ein wenig besser. Die EU-Staaten und die US-Regierung sehen nach wie vor eine, wenn auch schwindende Möglichkeit, Iran durch Verhandlungen davon abzuhalten, nuklearwaffenfähig zu werden oder gar eine Atombombe herzustellen. Die iranische Führung scheint aus mehreren Gründen stärker an zielführenden Gesprächen interessiert zu sein als noch vor einem Jahr.

So ver- oder behindern die Sanktionen, die der UN-Sicherheitsrat sowie die USA und die EU jeweils gegen Iran verhängt haben, mittlerweile die meisten geschäftlichen Transaktionen Irans mit der Welt. Die iranische Führung will zumindest einen Teil dieser Sanktionen wieder loswerden. Sie musste erleben, dass Drohungen, etwa mit der Sperrung der Straße von Hormus, diesen Zweck verfehlten. Auch die regionale Situation hat sich nicht zugunsten Irans verbessert. Zwar feiert man in Teheran weiterhin das „islamische Erwachen“ in der arabischen Welt. Islamische Parteien und Bewegungen wie die ägyptische Muslimbruderschaft oder die palästinensische Hamas folgen aber keineswegs einer pro-iranischen Agenda. Die Führung in Teheran fürchtet den Verlust des einzigen strategischen Verbündeten, des Assad-Regimes in Damaskus. Sie sieht, wie aktiv die arabischen Golfstaaten sich darum bemühen, iranischen Einfluss in der Region zurückzudrängen.

Innenpolitisch ist Präsident Mahmud Ahmadinedschad so geschwächt, dass auch ein Verhandlungserfolg seine Gegner nicht mehr unruhig machen muss. Der iranische Verhandlungsführer Said Dschalili hat in seinem Brief an die europäische Außenbeauftragte Catherine Ashton, die die internationale Sechsergruppe leitet, deutlich gemacht, dass Iran bereit sei, sich wie von Ashton vorgeschlagen auf einen „Schritt-für-Schritt“-Ansatz und „Reziprozität“ mit Blick auf sein Atomprogramm einzulassen.

In der Tat hat derzeit wohl nur ein solch graduelles Vorgehen überhaupt eine Erfolgchance. Dabei würde definiert, welche Schritte Iran unternehmen muss, damit einzelne Sanktionen aufgehoben, ausgesetzt oder gar nicht erst angewendet werden. Von einer „Lösung“ des Atomkonflikts wird man auch bei ernsthaften Verhandlungen noch weit entfernt bleiben. Dazu ist das gegenseitige Misstrauen zu groß, und die Positionen liegen zu weit auseinander. Iran wird nicht einfach, wie vom Sicherheitsrat verlangt, vollständig auf die Anreicherung von Uran verzichten. Aber einzelne vereinbarte Schritte könnten ein Mindestvertrauen zurückbringen, das einen konstruktiven diplomatischen Prozess ermöglicht.

Das Wichtigste wäre dabei, dass Iran zunächst die 20-prozentige Anreicherung von Uran einstellt, solch mittelhoch angereichertes Uran ins Ausland schafft und der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) erlaubt, Anlagen zu inspizieren, die der Herstellung von Atomwaffen dienen könnten. Die Idee, in Iran angereichertes Uran gegen Brennstäbe für einen Forschungsreaktor einzutauschen, dürfte erneut auf den Tisch kommen.

All dies wird nicht in einer Verhandlungsrunde zu erreichen sein, sondern dürfte einen mehrmonatigen Prozess verlangen, der allerdings nur dann möglich wird, wenn beide Seiten sich bei der ersten Gesprächsrunde konstruktiv verhalten. Iranische Vertreter lenken gelegentlich vom eigentlichen Problem ab, wenn sie ein imaginäres „Recht auf Anreicherung“ anmahnen. Die Sechsergruppe hat wiederholt bestätigt, dass Iran selbstverständlich das „Recht auf die friedliche Nutzung der Nuklearenergie im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags“ genießt. Allerdings hat der Sicherheitsrat Teheran seit 2006 auferlegt, seine Urananreicherung – als besonders gefährliche nukleare Aktivität – zu suspendieren, bis verlorenes Vertrauen wiederhergestellt und die begründeten Zweifel der IAEA, dass das iranische Programm ausschließlich friedlichen Zwecken dient, ausgeräumt worden sind. Dies genau sollte über einen Schritt-für-Schritt-Prozess möglich werden.

Dabei wird es allerdings auch um Reziprozität gehen: Iran wird zu Recht wissen wollen, was es gewinnt, wenn es sich auf eine solche Schrittfolge einlässt. Es wäre gut, wenn die Sechsergruppe hier überzeugende Antworten hat – wenn sie etwa erklären kann, welche spezifischen amerikanischen oder europäischen Sanktionen ausgesetzt werden können, wenn Iran die 20-Prozent-Anreicherung einstellt. Allein das Versprechen, keine weiteren Sanktionen zu verhängen, wird keinen großen Anreiz darstellen; und eine vollständige Aufhebung der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen ist derzeit genauso wenig zu erwarten wie ein Stopp aller iranischen Anreicherungsaktivitäten. Man sollte auch darauf vorbereitet sein, zumindest hypothetisch über das Endziel zu reden: darüber, welche Zusicherungen und Garantien die internationale Gemeinschaft braucht, um ein iranisches Atomprogramm, das begrenzte und kontrollierte Anreicherungsaktivitäten enthält, akzeptieren zu können.

Angesichts des mangelnden Grundvertrauens wird ein neuer Gesprächsprozess fragil bleiben. Ein Risiko liegt immer in der iranischen Innenpolitik, an der zuletzt 2009 ein international verhandelter Kompromiss scheiterte. Der Prozess kann aber auch abstürzen, wenn es der Sechsergruppe nicht gelingt klarzumachen, dass es ihr wirklich um die Begrenzung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und nicht – wie zumindest ein Teil der iranischen Führung annimmt – um einen Regimewechsel in Teheran geht.

Wenn die iranische Führung fest davon überzeugt ist, dass alle Sanktionen ohnehin nur dazu dienen, ihr Regime zu schwächen oder zu stürzen – welchen Anlass hätte sie dann, ein Programm aufzugeben, das Israel und dem Westen so viel Sorge macht? Das Gegenteil wäre aus Sicht des Regimes dann sehr viel logischer.